

1 Vorwort

2 Liebe Bürger*innen,

3 am 12.September 2021 entscheidet ihr, wer in den nächsten fünf Jahren in den
4 Städten und Gemeinden der Region Hannover die kommunale Politik bestimmt. Wir
5 von der LINKEN wollen das **in starkem Maße** sein.

6 Wir von der Linken stehen an der Seite der Beschäftigten im Gesundheitswesen,
7 wenn es nicht nur um warme Worte und Applaus, sondern auch um eine anständige
8 Bezahlung **und bessere Arbeitsbedingungen** geht. Wir von der Linken unterstützen
9 die Kolleg*innen in den Betrieben im Kampf um ihre Arbeitsplätze, bessere Löhne
10 und Arbeitsbedingungen.

11 Wir Linke sind vor Ort, wenn die Kolleg*innen bei Gilde gegen die Zerschlagung ihres
12 Betriebes auf die Straße gehen.

13 Wir sind aber auch die Stimme der Ungehörten, Obdachlosen, oder
14 alleinerziehenden Frauen, deren Abrutschen in die blanke Armut in manchen
15 Stadteilen von Hannover mehr als besorgniserregend ist.

16 Wenn es darum geht, konsequent die Stimme für jene zu erheben, die bei der
17 Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums den Kürzeren ziehen, dann solltet ihr
18 uns eure Stimmen geben.

19 Wir brauchen keinen Wohnungsbau für die reichsten zehn Prozent. Als Single-
20 Hauptstadt der Republik brauchen wir kleine, günstige Wohnungen für die vielen
21 Menschen, die heutzutage einen Großteil ihres Einkommens für ein Dach über dem
22 Kopf ausgeben müssen. Dadurch **werden** am Ende auch große Wohnungen für
23 Familien und Wohngemeinschaften frei und bezahlbar werden.

24 Wenn wir das Thema Verkehr ansprechen ist es uns bewusst, dass es ein Weiter so
25 nicht geben kann. Der motorisierte Individualverkehr, nach dessen
26 uneingeschränktem Bedarf Hannover in der Nachkriegszeit konzipiert wurde, muss
27 angesichts **der absehbaren Klimakatastrophe** zugunsten von Fahrrad und ÖPNV
28 Platz machen. Das geht nur dann, wenn der öffentliche Personennahverkehr
29 günstiger und perspektivisch kostenlos wird **und wenn wir unsere Region**
30 **Fahrradfreundlicher machen.**

31 Das Credo Privat vor Öffentlich muss ein Ende haben. Wir sehen seit Jahren, wie die
32 öffentliche Infrastruktur langsam zerfällt und sogenannte Öffentlich-Private-
33 Partnerschaften (fortan ÖPP) die Situation nur noch verschlimmern und **nicht**
34 **öffentliche Wohnungsbaukonzerne** noch reicher machen. Wir von der Linken
35 kritisieren seit Jahren derartige Steuerverschwendungsgeschäfte und haben auch in
36 Parlamenten ÖPP- Projekte stets abgelehnt.

37 Wir brauchen eine starke Stimme gegen ein System was zur Zerstörung unseres
38 Lebensraums führt. Es zerstört die Menschen genauso wie unsere Tier- und
39 Pflanzenwelt. Ein System, was gerade auch im Leben mit der Pandemie, die Reichen
40 noch reicher und die Armen noch ärmer macht ist unsozial und muss abgeschafft
41 werden!

42 Menschenverachtendem Gedankengut, das zu Krieg und Rassismus aufstachelt,
43 treten wir entschlossen entgegen. Rechte Parteien wie die AfD haben für die
44 abhängig Beschäftigten und Kleinunternehmer*innen nichts anzubieten, sie sind
45 zutiefst neoliberal und rassistisch und handeln gegen die Interessen der großen
46 Mehrheit der Menschen! Wir Linken werden uns allen Kräften der
47 Menschenfeindlichkeit und Entsolidarisierung entschlossen und unerbittlich
48 entgegenstellen!

49 Je stärker DIE LINKE, desto sozialer die Politik! Wir brauchen am 12. September
50 eure Stimme, damit wir weiterhin die Missstände aufzeigen und für solidarische
51 Politik streiten können. Gemeinsam mit euch, in kommunalen Parlamenten, in
52 Kommunen und Stadtteilen und auf der Straße!

53 Mit diesem vorliegenden Programm zur Kommunalwahl 2021 beschreiben wir, wie
54 wir gemeinsam mit euch in den nächsten fünf Jahren **unsere Gesellschaft humaner**
55 **gestalten wollen**. Vieles, wie etwa das Housing First-Projekt für Obdachlose, haben
56 wir mit auf den Weg gebracht, vieles ist aber auch noch zu tun. Packen wir es
57 gemeinsam an!

58

59

60

61

62 I. DIE LINKE: Gesellschaftliche

63 Veränderung ist auch in der Region

64 Hannover wählbar

65 Es herrscht Mangel in der Region Hannover, in der Landeshauptstadt Hannover und
66 in den Städten und Gemeinden der Region.

67 Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Mangel an einem guten und für alle
68 bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, Mangel an effektivem Umwelt- und
69 Klimaschutz, Mangel an sozialer Gerechtigkeit, Mangel an Weltoffenheit und an
70 vielem Mehr. Diese Missstände sind nicht vom Himmel gefallen, sie sind die Folgen
71 einer falschen Politik, die die Gesellschaft spaltet und die die Interessen der Reichen
72 über das Gemeinwohl stellt. Die Corona-Pandemie hat die in der kapitalistischen
73 Gesellschaftsordnung angelegten Widersprüche und Missstände verschärft.

74 Umso mehr brauchen wir eine gemeinwohlorientierte Politik und Wirtschaft, die das
75 Miteinander stärkt und die Menschen unterstützt, die sich in Gewerkschaften,
76 Mieter*inneninitiativen, Vereinen und Bewegungen für eine solidarische Gesellschaft
77 einsetzen.

78 Am 12. September 2021 entscheiden die Wahlberechtigten in Hannover und Region,
79 wer in den kommunalen Vertretungen die nächsten fünf Jahre Politik für die
80 Einwohner*innen unserer Städte und Gemeinden gestalten soll.

81 DIE LINKE Region Hannover ist eine der Parteien, die sich um die Sitze in den
82 Kommunalparlamenten bewirbt. Und obwohl sie die Partei der Vielen ist, ist sie nicht
83 wie viele Parteien.

84 Denn sie ist einzigartig in der politischen Landschaft der Bundesrepublik. In ihr haben
85 Großkonzerne und einflussreiche Wirtschaftskreise nichts zu sagen. Als einzige der
86 im Bundestag vertretenen Parteien erhält sie keine Spenden von der Privatwirtschaft.
87 Das hat einen Grund: DIE LINKE setzt sich für eine **demokratische Neuorientierung**
88 von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ein. Nur so sind die zentralen Krisen der
89 modernen Gesellschaft noch in den Griff zu bekommen. Nur so kann unsere Partei

90 Politik für die vielen Menschen machen, die auf eine Verbesserung ihrer sozialen
91 Lage dringend angewiesen sind.

92 Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut
93 aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer
94 Sicherheit leben und in der sie die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten
95 können, um auch die Folgen des Klimawandels und aktueller Umwelt- und
96 Gesundheitskatastrophen in den Griff zu bekommen. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein
97 anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

98 Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der Profitinteressen über die Lebensperspektive von
99 Milliarden Menschen entscheiden und in der Ausbeutung, Kriege und Imperialismus ganze
100 Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden. Wo vor allem der Profit regiert, bleibt wenig
101 Raum für Demokratie. Die ungebändigte Freiheit der großen Konzerne bedeutet Unfreiheit für
102 die Mehrheit der Menschen.

103 So steht es in unserem Grundsatzprogramm. Diese gesellschaftliche Alternative ist
104 zu den kommenden Kommunalwahlen auch in den Kommunalvertretungen von Stadt
105 und Region Hannover wählbar.

106 Wir fragen: Wem gehört die Stadt? Wem gehört das Dorf? Wem gehört die Region
107 Hannover? **Nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Herkunft dürfen**
108 **darüber entscheiden**, wieviel Bildung, wieviel Kultur, wieviel soziale Teilhabe dem
109 Einzelnen zusteht.

110 Wir wollen nicht weniger als die Welt verändern und wir wissen, dass jede
111 Veränderung im Kleinen anfängt. Vor der eigenen Haustür, im Stadtteil, in der
112 Kommunalpolitik. Wir wollen und können nicht mit erhobenem Zeigefinger die Welt
113 erklären, aber wir können und wollen sie gemeinsam mit Gewerkschaften, Initiativen,
114 Verbänden und engagierten Einzelpersonen verändern und verbessern, weil ein
115 System, das die Umwelt zerstört, den Menschen ausbeutet und Rassismus und Krieg
116 schürt, nicht das Ende der Geschichte sein darf!

117 DIE LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, die konsequent für ein gerechtes
118 Steuersystem, für Frieden und für eine Demokratisierung der Wirtschaft eintritt. Wir
119 kämpfen für eine Gesellschaft in der man arbeitet um zu leben und nicht lebt um zu
120 arbeiten. Wir streiten schon jetzt in den kommunalen Parlamenten mit vielen
121 Fraktionen und Einzelvertreter*innen für eine Region Hannover, die allen gehört und

122 nicht nur denen mit dickem Geldbeutel. Das wollen wir auch weiterhin tun, mit eurer
123 Unterstützung!

124

125 Daher sind unsere zentralen kommunalpolitischen Botschaften:

126 *Hannover und Region brauchen eine Stärkung von kommunalem und*
127 *genossenschaftlichem Wohnen*

128 *Hannover und Region brauchen einen Öffentlichen Nahverkehr, den sich jede*r*
129 *leisten kann*

130 *Hannover und Region müssen klimaneutral werden, sonst taugt die beste Politik*
131 *nichts*

132 *Hannover und Region müssen ihre kulturelle Vielfalt als Gewinn und nicht als*
133 *Kostenfaktor begreifen*

134 *Hannover und Region müssen ihre kommunalen Gesundheitseinrichtungen erhalten*

135 *Die Zukunft ist vielfältig, divers, feministisch, antifaschistisch, friedvoll und*
136 *partizipatorisch!*

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174

II. Unsere kommunalpolitischen Inhalte und Ziele

1. Das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen

Hannover belegt den drittletzten Platz beim Bau neuer Wohnungen im Großstädtevergleich. So der Lagebericht zur Stadtentwicklung 2017. Die hohe Zahl an Wohnungs- und Obdachlosen spricht eine deutliche Sprache. Es fehlt vor allen Dingen an bezahlbarem Wohnraum. Die Mieten in Hannover sind auch in der laufenden Wahlperiode enorm gestiegen. Die Verantwortlichen von Politik und Verwaltung haben die Situation am Wohnungsmarkt falsch eingeschätzt. Mit Mitteln aus der Privatwirtschaft wird es für die unteren Einkommensgruppen keinen Weg in bezahlbare und adäquate Wohnungen geben.

Wir fordern:

- Schaffung eines öffentlichen Wohnraumbauprogramms, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ziel: Der Bau von 2.000 zusätzlichen Wohnungen allein in Hannover
- Hannover ist Single-Hauptstadt. Neben der Schaffung günstiger Wohnungen für Familien muss bedarfsgerecht die Anzahl preisgünstiger Single-Wohnungen erhöht werden
- Sollte der preistreibende Druck privater Investoren zu weiter steigenden Mieten führen, ist ein Mietendeckel nach Berliner Vorbild die notwendige Reaktion, um die Abwanderung finanziell schwächer gestellter Mieter*innen aus ihren angestammten Stadtteilen aufzuhalten
- Die Hälfte der Sozialwohnungen müssen Belegrechtswohnungen sein
- Erhöhung der Sozialbindung von Belegrechtswohnungen in allen Städten und Gemeinden der Region Hannover auf mindestens 20 Jahre
- Anteil von 50 Prozent Sozialwohnungen bei privaten Bauinvestitionen

- 175 - Sanktionierungen bei Zweckentfremdungen und Leerständen von Wohnraum
- 176 - Erhalt und Ausbau kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und
177 Genossenschaften
- 178 - Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, wie etwa hanova und KSG,
179 müssen in die Lage versetzt werden, mehr Wohnungen zu bauen. Dafür
180 brauchen sie eine Kapitalerhöhung. Hierfür müssen endlich die politischen
181 Weichen gestellt werden
- 182 - Bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft darf eine negative Schufa-
183 Auskunft kein Ausschlusskriterium für den Abschluss eines Mietvertrages sein
- 184 - Es müssen deutlich mehr als die bisherigen „Housing-First“-Wohnungen
185 durch die Kommunen in der Region Hannover geschaffen werden. Allein in
186 Hannover gibt es 4000 wohnungslose und rund 500 obdachlose
187 Mitbürger*innen
- 188 - Eigentum verpflichtet, deshalb sind Beschlagnahmungen und Enteignungen
189 bei besonders unsozialen Immobilienkonzernen als letztes Mittel nicht
190 auszuschließen
- 191 Nur durch die Schaffung eines öffentlichen Bauprogramms mit einem Volumen von
192 200 Millionen Euro über die nächsten fünf Jahre können in der Region Hannover
193 armutssichere wohnungspolitische Verhältnisse geschaffen werden.
- 194 Denn nur so können die über 28.000 Wohnungen, die in der Region Hannover
195 fehlen, tatsächlich gebaut werden. Dafür muss das Eigenkapital der kommunalen
196 Wohnungsbaugesellschaften (u.a. hanova und KSG) in der Region Hannover
197 deutlich erhöht werden.
- 198 Boden im Eigentum der öffentlichen Hand soll für lange Zeit verpachtet werden
199 (Erbpacht). Damit behalten die Kommunen Einfluss und können bestimmen, dass auf
200 diesen Grundstücken nur verwirklicht wird, was die Gemeinschaft tatsächlich braucht.
201 Eine strategische, langfristig angelegte Bodenvorratspolitik ist so möglich.
- 202 Sofern private Investoren Bauland für ihre Wohnungsbauprojekte in Anspruch
203 nehmen wollen, muss der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen auf 50
204 Prozent erhöht werden. Weitere 30 Prozent werden mit einer geöffneten

205 Sozialbindung (Kostenmiete zuzüglich maximal 10 Prozent Aufschlag)
206 festgeschrieben. Sichert ein potentieller Käufer diese Quoten nicht zu, bekommt er
207 für das Grundstück kein Baurecht. Die Sozialbindung wird auf mindestens 20 Jahre
208 festgeschrieben.

209 Aber auch zweckentfremdeter Wohnraum muss sofort wieder zur Wohnnutzung
210 umgewandelt werden.

211 Für Bestandwohnungen muss der Mietendeckel nach Berliner-Modell eingeführt
212 werden.

213 Die Kommerzialisierung des studentischen Wohnraums (Bau von übersteuerten
214 Mikroappartements durch private Investoren) in Hannover muss wirksam
215 entgegengearbeitet werden. Stattdessen brauchen wir ein Bauprogramm für
216 Auszubildende und Studierende und eine vom Rat der Stadt festzulegende Abgabe
217 großer Betriebe zum Bau von günstigen Appartements in Hannover. Das steigert die
218 Attraktivität des Hochschulstandortes Hannover.

219 So lange noch kein ausreichender einkommens- und bedarfsgerechter Wohnraum
220 geschaffen wurde, müssen Wohnungs- und Obdachlose über das Housing-Fist-
221 Modell von der Straße geholt werden. Die Mittel müssen so erhöht werden, dass der
222 staatlichen Fürsorgepflicht genüge getan wird.

223

224 **2. Soziales - Eine gute Sozialberatung durch** 225 **die Kommunen ist Menschenrecht**

226 **Armut betrifft zu viele Einwohner*innen unserer Kommunen in der Region**
227 **Hannover. Niedriglöhner*innen und Transfergeldempfänger*innen werden zu**
228 **oft von den sozialkulturellen Einrichtungen unserer Gemeinden**
229 **ausgeschlossen. Hartz IV hat nicht zur Verringerung der**
230 **Massenarbeitslosigkeit geführt. Hartz IV bedeutet Entrechtung und**
231 **Entwürdigung. Es wird dazu genutzt, um mehr Niedriglohnjobs durchzusetzen**
232 **und die arbeitenden Menschen über Angst und Schrecken vor sozialem**
233 **Abstieg zu noch mehr Arbeitsdisziplin, Leistung und Anpassung zu zwingen.**
234 **Das Ergebnis ist nicht nur eine Bedarfsunterdeckung bei den Sozialleistungen,**

235 **sondern Arbeitslöhne, die für eine wirtschaftlich angemessene Rente im Alter**
236 **nicht mehr reichen.**

237 Wir fordern:

- 238 - Bedarfsgerechte Anhebung der Kosten der Unterkunft
- 239 - Keine Energie- und Wassersperren bei „enercity“ und anderen kommunalen
240 Versorgern. Als kurzfristige Lösung Einführung des Vorauszahlungssystems
241 mit Münz- oder Chipzählern bei Zahlungsnöten. Langfristig muss die
242 Energieversorgung ein Grundrecht sein
- 243 - Gute Beratung der Jobcenter bei Einmalleistungen und Mehrbedarfen
- 244 - Keine Zwangsumzüge und Zwangsräumungen bei
245 Transfergeldempfänger*innen
- 246 - Ausweitung des Hannover AktivPasses auch auf Geringverdiener*innen und
247 eine Verbesserung der Angebotspalette
- 248 - Wir wollen die Wiedereingliederung in gute und existenzsichernde
249 Arbeitsverhältnisse erleichtern

250

251 Auch wenn die Regelungen des SGB-II Bundesrecht darstellen, hat auch die
252 kommunale Sozialverwaltung Spielräume, die das Leben von
253 Transfergeldempfänger*innen verbessern können. Wir fordern daher eine deutliche
254 Anhebung der Bemessungsgrenzen bei den Kosten der Unterkunft (KdU) durch
255 Anpassung an die tatsächlichen Mietpreise und die tatsächlichen Heizkosten.
256 Niemand soll sich seinen Wohnraum vom Regelsatz und damit vom Munde absparen
257 müssen.

258 Eine Versorgung mit Energie und Wasser gehört zu den Menschenrechten und zur
259 öffentlichen Grundversorgung. DIE LINKE fordert: Verbot von Energie- und
260 Wasserabsperungen und deren Androhung durch die öffentlichen Energieversorger.

261 Empfänger*innen von Hartz IV, Grundsicherung, Wohngeld und
262 Geringverdiener*innen bis zu 1.180 Euro Nettogehalt (Pfändungsfreigrenze im Jahr

263 2020) soll der Kauf von energieeffizienten Neugeräten durch die jeweiligen Stellen
264 finanziert werden.

265 Einmalleistungen und Mehrbedarfe von Bezieher*innen von Sozialleistungen sind
266 schnell und unbürokratisch anzuerkennen (z. B. für Erstausstattungen, Schulmittel,
267 Mehrbedarfe bei Schwangerschaft und Kosten für besondere Ernährung,
268 **medizinische Mehrbedarfe wie Hörgerätebatterien**). Kosten für notwendige
269 Schulbedarfe sind zu erstatten. Das gilt auch für Grundausstattung an elektronischen
270 Geräten wie Tablets oder Laptops.

271 Niemand darf aufgrund einer sozialen Notlage aus seinem gewohnten Wohnumfeld
272 gerissen werden, deshalb sprechen wir uns klar gegen Zwangsumzüge und
273 Zwangsräumungen aus. Zwangsmaßnahmen zur Eingliederung in Arbeit haben sich
274 als unbrauchbar und diskriminierend erwiesen, deshalb sind Arbeitsgelegenheiten
275 (sogenannte Ein-Euro-Jobs) endgültig abzuschaffen.

276 Um die Mobilität und die soziokulturelle Teilhabe der von Armut Betroffenen in der
277 Region Hannover zu ermöglichen und zu erweitern, ist der Kreis der Benutzer*innen
278 des Hannover Aktiv-Passes zu vergrößern. Ein Einkommen an oder unterhalb der
279 Pfändungsfreigrenze (Maßstab ist die Zivilprozessordnung) soll bereits zur
280 Inhaberschaft berechtigen. Dadurch würden deutlich mehr prekär lebende Personen
281 und Haushalte in den Genuss der Vorteile des Hannover-Pass gelangen. Der Besitz
282 dieses Passes soll zum Besuch öffentlicher Museen, Theater, andere kultureller
283 Einrichtungen und Schwimmbädern berechtigen.

284 DIE LINKE fordert zudem: Sicherung, Stärkung und Ausbau der sozialen
285 Einrichtungen und Anlaufstellen. Das gilt besonders für Rechts- und
286 Sozialberatungsstellen sowie für die Schuldnerberatungen und Ombudsstellen für
287 Hartz IV-Betroffene, unabhängig von den Jobcentern

288 Die steigende Lebenserwartung birgt viele Chancen auf ein gutes Leben. Doch noch
289 ist es vom Geldbeutel abhängig, wie Menschen ihr letztes Lebensdrittel verbringen.
290 Menschen mit ausreichendem Einkommen können oft gesund und aktiv bis ins hohe
291 Alter am Leben teilhaben. Arme Menschen leben dagegen oft zurückgezogen, krank
292 und einsam. Deshalb müssen alle Assistenzleistungen für alte Menschen bezahlbar
293 sein. Das gilt auch für Angebote der offenen Seniorenarbeit. DIE LINKE tritt dafür
294 ein, dass die offene Seniorenarbeit dauerhaft auskömmlich finanziert wird. Dies gilt

295 auch für die Erhaltung der Mobilität im Alter und einen besonders vergünstigen
296 Zugang zu preiswerten Zeitfahrkarten im öffentlichen Personennahverkehr.

297 Damit die Interessen älterer Menschen besser als bisher in Politik und Gesellschaft
298 wahrgenommen und vertreten werden, sollen Senior*innen mehr Mitwirkungs-,
299 Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten bekommen. DIE LINKE wird darauf
300 hinwirken, dass die Seniorenvertretung in wichtigen Angelegenheiten nicht nur ein
301 Anhörungs-, sondern auch ein Mitwirkungsrecht erhält.

302 Unser Projekt für eine soziale Region Hannover beinhaltet zudem verstärkte
303 Anstrengungen zur Integration von Langzeiterwerbslosen im öffentlichen Dienst und
304 in Betrieben, an denen die Städte und Gemeinden der Region Hannover beteiligt
305 sind. Ferner die Verstärkung der Kooperationen mit Vertretungen aus
306 Wohlfahrtspflege, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Bildungsträgern für
307 Programme zur Armutsbekämpfung durch Arbeits-, Integrations- und
308 Bildungsprogramme. Dafür brauchen wir in Hannover klare Zuständigkeiten und
309 unkomplizierte Antragswege für Förderprogramme zur Integration in den
310 Arbeitsmarkt. Bessere Ausstattung von erfolgreichen Beratungseinrichtungen für
311 Langzeiterwerbslose durch die kommunalen Referate für Arbeit und Wirtschaft
312 gehören ebenso zu einem erfolgreichen Integrationskonzept, wie die Fortführung der
313 kommunalen Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der Tafeln. Letztendlich
314 arbeiten wir als Linke an gesellschaftlichen Bedingungen, die die Tafeln überflüssig
315 machen.

316

317 **3. Bildung: Gebührenfrei und inklusiv von der** 318 **Kita bis zur Meisterprüfung**

319 **In Hannover leben Arm und Reich immer seltener im selben Stadtteil. Auch in**
320 **Kindertagesstätten (KiTas) und Schulen mischen sich die sozialen Gruppen**
321 **weniger. Das Bildungswesen verstärkt Unterschiede zwischen Menschen,**
322 **anstatt sie auszugleichen. Laut einer Studie des DIW sind Krippenplätze in**
323 **Hannover besonders teuer. Bis zu 216 Euro monatlich müssen Eltern für die**
324 **Betreuung ihrer Kinder bezahlen. Der Bildungserfolg von Kindern hängt stark**

325 **von Geldbeutel, Herkunft und Bildungsstand der Eltern ab. DIE LINKE möchte,**
326 **dass Kinder aller sozialen Gruppen gemeinsam gute öffentliche KiTas und die**
327 **"Eine Schule für alle" (IGS) besuchen können. Das Bildungswesen soll alle**
328 **Kinder individuell fördern, unabhängig von der sozialen und ethnischen**
329 **Herkunft. Es braucht kleine Gruppen sowie mehr Personal und Lernmittel.**

330 Wir fordern:

- 331 - Eine gute KiTa- und Grundschulinfrastruktur – Kurze Wege für kurze Beine
- 332 - Gebührenfreie Krippen und KiTas
- 333 - Ein besserer Personalschlüssel für die KiTas und kleinere Gruppen; wir
334 brauchen mehr pädagogische Fachkräfte in den Einrichtungen
- 335 - Pädagogische Fachkräfte müssen von Verwaltungstätigkeiten entlastet
336 werden. Daher brauchen wir auch zusätzliche Verwaltungskräfte in den Kitas
- 337 - KiTas sind Integrationsschmieden der Zukunft. Fachkräfte müssen bei der
338 Erlangung multikultureller Kompetenzen durch Fortbildungen unterstützt
339 werden
- 340 - Für Hannovers Schulen ist eine Aufstockung der Stellen für
341 Schulsozialarbeiter*innen nötig
- 342 - Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen
343 (inklusive Unterricht) muss durch die Festanstellung aller
344 Sonderpädagog*innen an den Regelschulen abgesichert werden
- 345 - Aufstellung von multiprofessionellen Teams mit Regelschullehrer*innen,
346 Förderschullehrer*innen und Sozialarbeiter*innen zur besseren Abstimmung
347 des inklusiven Unterrichts
- 348 - Kommunales Sofortprogramm für Schulen in sozial und ökonomisch
349 benachteiligten Stadtteilen
- 350 - Kostenfreies Mittagessen für KiTas und Schulen

- 351 - Kinder dürfen nicht unter unwürdigen Bedingungen lernen: Schulgebäude und
352 Schultoiletten müssen in einwandfreiem Zustand sein. Sanierung und
353 Weiterentwicklung der Lerninfrastruktur **müssen Priorität haben!**
- 354 - Das Online-Anmeldungssystem für Kitas muss endlich zeitgemäß
355 weiterentwickelt werden.
- 356 - Kinder müssen Schwimmen lernen: Daher Erhalt der öffentlichen Bäder, wie
357 etwa des Fössebad es einschließlich des Freibades und des Misburger Bades.
- 358 - Lernmittelfreiheit
- 359 - Das Modell Integrierte Gesamtschule als „Eine Schule für alle“
- 360 - Keine Auftritte von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern in den Schulen
361 Hannovers
- 362 - Einführung eines eigenständigen Bildungsangebotes für Friedens- und
363 Konfliktforschung

364 Für DIE LINKE ist klar: Nur die Integrierte Gesamtschule kann das ausgrenzende
365 gegliederte Schulsystem überwinden. Kommunale Verantwortungsträger*innen
366 sollen sich daher für die Ausweitung des Angebotes an Integrierten Gesamtschulen
367 stark machen. Das Bildungswesen soll alle Kinder individuell fördern, unabhängig
368 von der sozialen und ethnischen Herkunft. Es braucht kleine Gruppen, mehr
369 Personal und Lernmittel. Die Kinder sollen gut gebildete, selbstbewusste,
370 emanzipierte und demokratisch aktive Menschen werden. Für DIE LINKE erfüllt die
371 Gesamtschule dieses Bildungsideal.

372 Für einkommensschwache Eltern oder Alleinerziehende ist es in Hannover immer
373 noch schwierig, einen angemessenen Hort- oder KiTa-Platz zu erhalten. Hohe
374 Kostenbeiträge belasten diese Haushalte überdurchschnittlich. Sind die Kosten
375 jedoch nicht zu stemmen, scheiterte für die betroffenen Eltern oft die Reintegration
376 am Arbeitsmarkt. Davon sind insbesondere alleinerziehende Frauen betroffen. Daher
377 fordern wir kostenfreie Hort- und KiTa-Plätze **mit einem dem zeitlichen Arbeitsumfeld
378 von Müttern und Vätern angepassten Angebot.**

379 Ein bei den Bildungsträgern bekanntes Problem ist, dass einkommensschwachen
380 Familien zum Monatsende oft die Mittel fehlen ihre Kinder mit einer warmen Mahlzeit

381 zu versorgen. Dieser Zustand ist beschämend. Eine kostenfreie und warme
382 Mittagsverpflegung an den KiTas und Schulen ist daher verpflichtend, wenn ein
383 gleichberechtigtes Lernen mehr als eine Sprechblase sein soll.

384 In den ärmeren Stadtteilen Hannovers erzielen deutlich weniger Kinder höhere
385 Bildungsabschlüsse. Talente gehen der Gesellschaft verloren. Kinder und
386 Jugendliche aus ärmeren und migrantischen Familien brauchen mehr individuelle
387 Förderung. Werden KiTas und Schulen von vielen Kindern von
388 Leistungsempfänger*innen von Arbeitslosengeld II besucht, müssen sie bevorzugt
389 mit Personal, Räumen aller Art sowie Sach- und Lernmitteln ausgestattet sein.
390 Konzepte der individuellen Förderung, der Sprachförderung und der Inklusion
391 müssen dort konsequent umgesetzt werden. Die kommunalen
392 Entscheidungsträger*innen sind aufgefordert dazu einen Schulsozialindex zu
393 entwickeln, um mit den zuständigen Landesbehörden die Zuschussfinanzierung zu
394 gewährleisten.

395 Insgesamt ist die bauliche Situation an den Schulen in der Region Hannover so
396 katastrophal, dass die kommunalen Verantwortlichen dies selbst anerkennen. Die
397 Privatisierung der kommunalen Baudienstleistungen hat dazu geführt, dass die
398 Bauinfrastruktur mittlerweile marode ist und Baudienstleistungen teuer bei externen
399 Anbietern eingekauft werden müssen. DIE LINKE will diese fortdauernde
400 Privatisierung des Bauens und Sanierens beenden und wieder eine leistungsfähige
401 kommunale Bauverwaltung aufbauen, die zudem langfristig Kosten spart. Nur so
402 können an den Schulen Bedingungen geschaffen werden, die ein Lernen in Würde
403 erlauben.

404 Bei der notwendigen Lernmittelfreiheit für Bezieher*innen von
405 Transferdienstleistungen müssen alle Möglichkeiten der rechtlich und
406 sozialgerichtlich vorgesehenen Mehrbedarfe voll ausgeschöpft werden. Die
407 Sozialleistungsträger werden verpflichtet, die Leistungsberechtigten in aktualisierter
408 Form zu unterrichten.

409

410

411 **4. Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für** 412 **Profite**

413 **Die Corona-Pandemie hat es allen deutlich vor Augen geführt. Das öffentliche**
414 **Gesundheitssystem in der Bundesrepublik wurde über die Jahre**
415 **kaputtgespart. Die Region Hannover hat in der Vergangenheit immer mehr**
416 **Krankenhausinfrastruktur und Krankenhäuser des Klinikverbundes KRH**
417 **geschlossen. Die Gesundheitsämter arbeiten am Limit, weil eine desaströse**
418 **Sparpolitik zu Personaleinsparungen geführt hat. Die Linke fordert eine**
419 **Stellenaufstockung beim Gesundheitsamt der Region Hannover. Die**
420 **Privatisierung von Altern- und Pflegeheimen ist auf Kosten der Beschäftigten**
421 **und Patient*innen gegangen.**

422 **Der Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung in Krankenhäusern und**
423 **Pflegeheimen der Region Hannover konnte nur durch den ganz besonderen**
424 **Einsatz der Kolleginnen aufgefangen werden. Oftmals ohne ausreichende**
425 **Schutzkleidung (teilweise waren nicht mal FFP2-Masken vorhanden)**
426 **kümmerten Sie sich um die an Corona erkrankten Patient*innen. Menschen, die**
427 **in der Pflege arbeiten, erkranken auch selber an Corona. So etwas darf sich auf**
428 **keinen Fall wiederholen!**

429

430 Wir fordern:

- 431 - Keine weiteren Standortschließungen und keine Privatisierung von
432 kommunalen Krankenhäusern
- 433 - Eine wohnortnahe medizinische Grund- und Regelversorgung
- 434 - Eine Verbesserung mobiler Versorgungsangebote
- 435 - Unterstützung pflegender Angehörige
- 436 - Barrierefreie Verwaltung und Unterstützung inklusiver Wohngemeinschaften
- 437 - Ausbau der kommunalen Pflegestruktur, **Gesundheit ist ein elementares Recht**

438 - kommunale Personalvorgaben beim Pflegepersonal

439 - Qualitätsverbesserung in der stationären Altenpflege

440 - Alternative Wohnkonzepte für ältere Menschen

441 Gesundheit ist keine Ware, ein Krankenhaus ist keine Fabrik. DIE LINKE fordert von
442 der Region Hannover daher eine gute kommunale Gesundheitsversorgung
443 aufrechtzuerhalten. Wir fordern die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel,
444 um die kommunalen Kliniken als Bürger*innenkrankenhäuser zu sanieren und ein
445 zusätzliches Investitionsprogramm zur Modernisierung auf den Weg zu bringen.

446 In den letzten 10 Jahren sank nach Angaben der Niedersächsischen
447 Krankenhausgesellschaft der Zahl der Kliniken von 196 auf 172. Das Klinikum
448 Region Hannover (KRH) hat in den letzten Jahren u.a. das Krankenhaus in Springe
449 und die Nordstadt-Geburtshilfe geschlossen.

450 Die Menschen in der Region Hannover brauchen Krankenhäuser in erreichbarer
451 Nähe.

452 Alle noch bestehenden Klinikstandorte der drei großen Krankenhausunternehmen in
453 der Region (KRH, Elisabeth-Vinzenz-Verbund und Diakovere) müssen erhalten
454 bleiben. Die Region Hannover muss eine Bestandsgarantie für das KRH Klinikum
455 Lehrte abgeben. In Springe unterstützen wir die Pläne für ein neues Medizinisches
456 Versorgungszentrum (MVZ) zur ambulanten medizinischen Versorgung.

457 Eine neue bundesweite Regelung für Mindestbesetzungen auf Stationen in
458 Krankenhäusern verschärft noch den Mangel an Pflegekräften im
459 Krankenhausbereich. Wir erwarten von den Trägern der Krankenhäuser die
460 Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs, um in der Pflege „Ressourcen“ zu schaffen“
461 und die „Attraktivität des Arbeitgebers“ zu steigern. Statt Gesundheits- und
462 Krankenpfleger aus dem Ausland zu rekrutieren, muss die Anzahl der
463 Ausbildungsplätze in Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege oder
464 Altenpflege massiv erhöht werden.

465 Ein medizinischer Infrastrukturbericht soll dazu beitragen, Gebiete mit medizinischer
466 Unterversorgung wirksam zu erfassen. Mobile Versorgungsangebote können in

467 Härtefallregionen einen primären Beitrag zur Abdeckung von Versorgungslücken
468 darstellen.

469 Pflegende Angehörige stemmen den Großteil der Versorgung ihrer
470 Familienmitglieder im Alter. Oft werden sie dabei jedoch alleingelassen.
471 Kraftzehrende Verhandlungen mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen
472 gehören zum Alltag. Darunter leidet dann auch die Pflege. DIE LINKE setzt sich für
473 ein erweitertes und finanziell gut ausgestattetes und unabhängiges kommunales
474 Beratungsmanagement der pflegenden Angehörigen ein. Nur so kann das
475 Machtgefälle zwischen Pflegenden und Krankenkassen dauerhaft durchbrochen
476 werden.

477 DIE LINKE macht sich seit vielen Jahren für eine selbstbestimmte Behindertenpolitik
478 stark. Dazu gehört nicht nur der barrierefreie, öffentliche Personennahverkehr
479 (ÖPNV) sondern auch der barrierefreie Zugang zu allen Leistungen der öffentlichen
480 Verwaltung. Wir wollen die inklusive Stadtgesellschaft voranbringen. Dazu gehört die
481 Verbesserung der Beratung bei Mehrbedarfen für Menschen mit Benachteiligungen,
482 die zeitgleich Empfänger*innen von Transfergeldleistungen sind. Dies betrifft vor
483 allen Dingen Zuschüsse für die Einrichtung und den Erhalt der Barrierefreiheit in den
484 eigenen vier Wänden.

485 Für ein Altern in Würde: Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens macht sich
486 insbesondere in der Altenpflege bemerkbar. Während sich derzeit nur ca. sechs
487 Prozent aller Pflegeplätze in öffentlicher Hand befinden, kaufen sich Investor*innen in
488 Einrichtungen ein und richten sie auf Profitschöpfung aus. Um älteren Menschen
489 eine qualitativ hochwertige und würdevolle Versorgung zu gewährleisten, wollen wir
490 die kommunale Versorgungsstruktur der Alten- und Pflegezentren der
491 Landeshauptstadt Hannover (Pflegezentrum Herta-Meyer-Haus, Heinemanhof,
492 Seniorenzentrum Willy-Platz-Heim, Altenzentrum Eichenpark, Margot-Engelke-
493 Zentrum, Klaus-Bahlsen-Haus), ausbauen. Eine gute ambulante Versorgung in den
494 Stadtteilen und die Einrichtung alternativer Wohnkonzepte sollen in der Bau- und
495 Stadtplanung berücksichtigt werden. Auch in den Umlandkommunen sollen
496 entsprechende Projekte vorangetrieben werden.

497

498 **5. Verkehr – Die sozial-ökologische** 499 **Verkehrswende gestalten**

500 **Hannovers Verkehrswende ist bisher misslungen. Die Klimaziele zur CO2-**
501 **Reduzierung wurden weit verfehlt. Noch immer hält sich am Automobil-Standort**
502 **Hannover der Mythos der Zukunft des individuellen motorisierten**
503 **Individualverkehrs (MIV). Die Verkehrswegeplanung setzt zum Beispiel auf**
504 **Megaprojekte wie der Betonierung der Ricklinger Kiesteiche für den Ausbau**
505 **des Südschnellwegs. Auch bei der Privatisierung des S-Bahnverkehrs ist mit**
506 **einer Verschlechterung des Angebots für Pendler*innen und sonstiger**
507 **Fahrgäste zu rechnen. Der Neoliberalismus scheint bei den Verantwortlichen**
508 **von Landeshauptstadt und Region Hannover der Taktgeber bei der**
509 **Verkehrsplanung zu sein.**

510 Wir fordern:

- 511 - Erhöhung der Taktung von Bahnen der ÜSTRA, den S-Bahnen, den Regio-
512 Bussen und den Stadtbussen auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten zur
513 flächendeckenden, besseren Nahverkehrsversorgung der gesamten Region
- 514 - 365 Euro-Jahresticket für alle Tarifzonen des Großraum-Verkehr Hannover
515 [GVH] für Transferleistungsempfänger*innen und Geringverdiener*innen
- 516 - Sichere und kostenfreie Fahrradparkhäuser an allen wichtigen S-Bahnhöfen
- 517 - Autofreie Innenstadt mit kostenfreien Parkmöglichkeiten am Rand der
518 autofreien Zone
- 519 - Die Fahrzeugflotte der ÜSTRA muss komplett barrierefrei sein.
- 520 - Verbot des Einsatzes von Herbiziden (etwa Glyphosat) im Schotterbett der
521 ÜSTRA und auf den Grünflächen der Stadt Hannover.
- 522 - Barrierefreier Ausbau aller Haltestellen
- 523 - Zügige Umsetzung des vom ADFC entwickelten Plan für ein Velorouten-Netz
524 (12 Velorouten)

- 525 - Ausbau von Fahrrad- und Fußwegen
- 526 - Kein Ausbau des Südschnellwegs zu Lasten von Naherholungsgebieten
- 527 - Perspektivisch fordern wir einen kostenlosen ÖPNV

528 Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Der Weg zur Arbeit, zum Arzt, zum
529 Einkaufen, zum Sport. All das muss für jeden gesundheits- und umweltschonend
530 möglich sein. Wir wollen Mobilität, die für alle verfügbar ist, unabhängig von
531 Geldbeutel, Wohnort und Behinderung. Der ÖPNV in der Region Hannover sollte
532 bezahlbar – oder am besten kostenfrei und ticketlos sein. Er sollte Stadtgebiet und
533 Umland rund um die Uhr verbinden und ressourcenschonend ausgestaltet sein.

534 In den kommunalen Vertretungen setzen sich unsere Politiker*innen schon seit
535 Jahren für höhere Taktfrequenzen im Nahverkehr ein. Nur ein attraktiver Nahverkehr
536 wird Menschen weg vom Auto in Bus und Bahn bringen. Dazu gehört auch eine
537 ausreichende Mobilitätsverfügbarkeit. Busse und Bahnen müssen häufiger fahren.
538 Nicht nur zu den Arbeitszeiten, sondern auch in den Freizeit- und Abendstunden.
539 Insbesondere Für Jugendliche und Heranwachsende ist ein funktionierender und
540 verlässlicher Nachtsternverkehr von zentraler Bedeutung, wenn die Entscheidung für
541 oder gegen den ÖPNV fällt.

542 Mit der Wertmarke S ist in Hannover zwar eine vergünstigte Nutzung der ÖPNV
543 möglich. DIE LINKE fordert jedoch eine Kostenanpassung der Mobilitätskosten für
544 Transfergeldempfänger*innen, die sich an den in den Regelsätzen berechneten
545 Kosten für die Nutzung des ÖPNV orientiert. Maximal 25 Euro im Monat darf ein
546 angemessenes Fahrtendgeld daher betragen.

547 Der Großteil des innerstädtischen Verkehrs umfasst nicht mehr als fünf Kilometer.
548 Dafür ist das Fahrrad das ideale Verkehrsmittel. Der dafür notwendige Platz muss
549 durch die Einschränkung des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) zur Verfügung
550 gestellt werden; einschließlich Ausweitung der Tempo-30-Zonen. Grundsätzlich muss
551 der innerstädtische Verkehr vom schwächsten Verkehrsteilnehmenden aus gedacht
552 werden; der Fußgänger*in. Human und ökologisch.

553 Hannovers Megabauprojekt, der Ausbau des Südschnellwegs, muss nochmals auf
554 den Prüfstand der Kommunalpolitik. Der Baubeginn 2022 muss verhindert werden.
555 Es geht nicht nur um die Verplanung von Millionensummen in ein Mobilitätskonzept

556 der Vergangenheit. Wir wollen den Fokus auf einen umweltfreundlichen, gesunden
557 und öffentlichen Verkehr legen!

558

559 **6. Umwelt: Klimagerechtigkeit vor Ort** 560 **erkämpfen**

561 **Unsere Region hat die Einhaltung der Klimaziele deutlich verfehlt. Hannover ist**
562 **weit davon entfernt klimaneutrale Kommune zu sein. Das liegt nicht nur am**
563 **MIV. Hannover ist als durchkommerzialiserte Stadt entwickelt worden. Das**
564 **Sterben des Präsenzhandels im Einzelhandelsgewerbe kontrahiert in der**
565 **Corona-Pandemie die Wunschziele einer neoliberalen Stadtplanung. Die**
566 **richtigen Lehren sind daraus bisher nicht gezogen worden. Der**
567 **Wirtschaftsstandort Hannover wird immer noch mit der Verkehrsindustrie der**
568 **fossilen Brennstoffökonomie in Verbindung gebracht.**

569

570 Wir fordern:

- 571 - Ein kommunales Klimaschutzprogramm zur Durchsetzung einer CO2-freien
572 Region
- 573 - Fridays for Future ins Rathaus. Einrichtung eines Schüler*innenklimabeirates
574 in Hannover und Region
- 575 - Zusätzliche Ausweisung von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten
- 576 - Erhalt des kommunalen Waldes als CO2-Speicher
- 577 - Verstärkte Förderung der ökologischen Landwirtschaft
- 578 - Verzicht auf den Einsatz von Breitbandherbiziden
- 579 - Förderung alternativer Energiequellen
- 580 - Überarbeitung des „Kleingartenkonzepts 2016-2025“ gemeinsam mit den
581 Kleingärtner*innen.

582 - Erhalt bestehender Kaltluftschneisen. Kein Mensch braucht einen
583 Betonglutofen als Innenstadt. Ausweitung von Dachbegrünungen und
584 Förderung des „Urban Gardening“

585 Klimaschutz ist auf die sichere Erhebung von Daten angewiesen. Ein kommunales
586 Klimaschutzprogramm muss zunächst erfassen, warum und in welchen Bereichen
587 das Klimaschutzziel nicht erreicht wurde.

588 Ohne den Erhalt der natürlichen CO₂-Speicher wird jedoch kein umweltpolitisches
589 Ziel zu erreichen sein. Daher sind Landschaftsschutzgebiete und der kommunale
590 Wald (u.a. Eilenriede) zu erhalten und zu schützen. Dazu gehört auch der Schutz der
591 Kleingartenkultur in Hannover und den Umlandgemeinden, die einen Beitrag dazu
592 leistet durch Kaltluftschneisen ein für die Städte und Gemeinden günstiges
593 Mikroklima zu erhalten.

594 Neben der Sicherung ökologisch wichtiger Biotope ist die Energiegewinnung
595 zukunftsfähig zu gestalten. Alles kommunale Handeln sollte nach u.a. nach der
596 Maxime klimaneutral bzw. klimaschonend ausgerichtet werden. DIE LINKE fordert
597 daher die flächendeckende Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie auf
598 öffentlichen Gebäuden. Auch die Nutzung der Abwärme von Industrieanlagen und
599 landwirtschaftlichen Betrieben für die kommunale Wärmeversorgung gehört zum
600 Energiemix der Zukunft.

601 Die effektive Wärmedämmung von Wohn- und Nutzgebäuden trägt zur Vermeidung
602 von Energieverschwendung und zur Ressourcenschonung bei. Sie ist effizienter als
603 die Verbrennung von Abfall zum Zwecke der Energiegewinnung. Die Errichtung von
604 Windkraftanlagen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand muss durch eine
605 ausreichende kommunale Förderung abgesichert werden.

606 All das wird wenig bringen, wenn wir unsere Umwelt durch die Zuführung von
607 Industriegiften für immer schädigen. Der Einsatz von Breitbandherbiziden muss in
608 der Region Hannover verboten werden. Die ökologische Landwirtschaft ist zu
609 stärken. Die Region Hannover ist Agrarregion. Der so genannte Niedersächsische
610 Weg in der Umweltpolitik wird dabei von der Linken konstruktiv kritisch begleitet
611 werden. Auch in der Region Hannover.

612 Die Entwicklung der Innenstädte zu durchkommerzialisierten Betonlandschaften
613 schadet nicht nur der Umwelt. Auch der Mensch kommt in dieser sterilen Welt nicht
614 zur Ruhe. Viele Metropolen in Europa schaffen derzeit so genannte grüne Inseln in
615 ihren Innenstädten. Dazu gehören auch Flächen urbanen Gartenbaus (*Urban*
616 *Gardening und Gemeinschaftsgärten*) für die Bürger. Die Innenstadt von Hannover
617 lädt nicht zum Verweilen ein. Es fehlt an Allem: Gemütliches Sitzen, Grünflächen und
618 eine angenehme Atmosphäre. Die Krise des Präsenzgeschäfts im Einzelhandel
619 muss auch in Hannover zum Umdenken bei der Gestaltung der Innenstadt führen.
620 Die ideenlose Planierung des Steintors und der damit verbundene Protest haben
621 gezeigt, dass die Einwohner*innen kein Verständnis für eine von oben
622 durchgedrückte Stadtplanung mehr haben.

623

624 **7. Demokratie und Bürger*innenbeteiligung -** 625 **Kommune der Einwohner*innen - nicht der** 626 **Verwaltung**

627 **Kommunalpolitik erscheint vielen als das Stiefkind parlamentarischer**
628 **Teilhabeoptionen. Bei den sogenannten Kommunalparlamenten handelt es**
629 **sich um Selbstverwaltungskörperschaften innerhalb der Landesexekutive. Es**
630 **mangelt ihnen an gesetzgebenden Befugnissen. Die derzeitigen Möglichkeiten**
631 **demokratischer Teilhabe erfüllen diesen Anspruch nur begrenzt. Für die**
632 **meisten Bürger*innen beschränken sie sich allenfalls auf die Abgabe des**
633 **eigenen Stimmzettels. Macht- und Wissenshierarchien führen dazu, dass**
634 **politische Gremien die Bevölkerung über ihre Köpfe hinweg verwalten und**
635 **allenfalls für Expert*innen und Lobbygruppen offen sind. Viele Milieus sind in**
636 **den Stadträten, Gemeinderäten, Verwaltungen, aber auch Stadtbezirksräten**
637 **und Ortsräten fast gar nicht vertreten. Dadurch entstehen**
638 **Politikverdrossenheit, Perspektivlosigkeit und Frustration: Ein gefundenes**
639 **Fressen für rechtspopulistische Hetzer*innen. Die bestehenden Möglichkeiten**
640 **zur politischen Teilnahme und demokratischen Mitbestimmung wollen wir auch**
641 **über Wahlen und Bürgerentscheide hinaus ausbauen – für alle Bürger*innen,**
642 **unabhängig von Klasse, Schicht, Milieu, Alter, Gesundheit, Nationalität und**

643 **Pass. Wir setzen uns für einen wechselseitigen Dialog zwischen kommunalen**
644 **Entscheidungsträger*innen** und Bevölkerung ein und stehen für den Ausbau
645 direktdemokratischer Verfahren, um die Bürger*innen von Anfang an in für sie
646 wichtige Fragen einzubeziehen. Informationen über Entscheidungen
647 kommunaler Gremien und Behörden müssen transparent, vollumfänglich und
648 leicht zugänglich gestaltet werden, um fundierte Entscheidungen von unten zu
649 ermöglichen und Zugangshürden und Wissenshierarchien abzubauen.

650 **Eine Zusammenarbeit mit rechten antidemokratischen Kräften in den**
651 **kommunalen Gremien schließen wir kategorisch aus.**

652 **Durch die ökonomische Strangulierung, mittels Schuldenbremse, des Bundes**
653 **und der Länder wurde die Kommunalpolitik nachhaltig geschwächt. Die**
654 **Wahlbeteiligungen liegen bei Kommunalwahlen unter dem Durchschnitt von**
655 **Landtags- und Bundestagswahlen. Die Entscheidungsprozesse in der**
656 **Kommune sind vielen Bürger*innen fremd. Oft herrscht starke Unkenntnis bei**
657 **den Wähler*innen vor, wie wichtig die Entscheidungen vor Ort sind.**
658 **Kommunalpolitiker*innen sollen die Verwaltung vor Ort kontrollieren und über**
659 **die Haushaltshoheit der kommunalen Vertretungen richtungsweisend über die**
660 **politischen Inhalte bestimmen. Die Realität sieht oft anders aus. Die**
661 **Verwaltung hat ein deutliches Übergewicht bei allen Entscheidungen. Von**
662 **Regierungsmehrheiten werden Entscheidungen der Verwaltung viel zu oft**
663 **durchgewunken. Die Idee der politischen Kontrolle der Kommunalverwaltung**
664 **durch die Kommunalparlamente wird so hintergangen. Dies führt zur**
665 **Politikverdrossenheit.**

666

667 Wir fordern:

- 668 - Mehr Kompetenzen für die Stadtbezirksräte und die Ortsräte in den
669 Umlandgemeinden
- 670 - Stärkere Beteiligung der Bürger*innen an der kommunalen Personal- und
671 Haushaltspolitik
- 672 - Einführung von Bürger*innenhaushalten auf Stadt-, Gemeinde- und
673 Stadtbezirksebene bzw. Ebene der Ortsräte

- 674 - Stärke Partizipation von Kindern und Jugendlichen an demokratischen
675 Entscheidungsprozessen durch die Einrichtung von Kinder- und
676 Jugendparlamenten
- 677 - Jährlicher Transparenzbericht durch ein unabhängiges Gremium
- 678 - Stärkung des ehrenamtlichen Engagements
- 679 - Ausweitung des Kommunalwahlrechts für alle, die in unseren Kommunen
680 leben
- 681 - Stärkung der Rechte von Bezirksversammlungen und Bezirksausschüssen
682 sowie den Beiräten der Stadt
- 683 - Einführung von Bürger*innenhaushalten auf Stadt- und Gemeindeebene
- 684 - Direkte Partizipation der Einwohner*innen an Stadtplanungsprozessen von
685 Anfang an; Wien ist hier ein gutes Vorbild
- 686 - Attraktivere und demokratischere Gestaltung von Stadtbezirks- und
687 Ortsräteversammlungen, um Partizipationsmöglichkeiten zu erhöhen
- 688 - Transparenz der Verwaltung stärken
- 689 - Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Menschen mit Handicap
- 690 - Hilfestellungen bei Behörden erleichtern: Veröffentlichung kommunaler
691 Beschlüsse und Verordnungen in mehreren Sprachen, Leichter Sprache und
692 Blindenschrift
- 693 - Mehr Mitspracherecht in öffentlichen Einrichtungen (z.B.
694 Schüler*innenvertretung in Schulen etc.)
- 695 - Politische Bildung in Schulen stärken und mehr Mitspracherechte für
696 Schüler*innenvertretungen
- 697 - Demokratische Kontroversen und Diskussionen in städtischen und kommunal
698 geförderten Räumen ermöglichen: Rücknahme von Raumverboten aufgrund
699 willkürlicher und unklarer Definitionen

700 Klüngel und Selbstbedienungsmentalitäten dürfen in der Verwaltung keinen Platz
701 haben. Der Skandal um Vorteilsnahmen im Rathaus der Landeshauptstadt Hannover
702 wirft ein Schlaglicht auf Verhältnisse, die durch mangelnde Kontrolle der
703 Entscheidungsträger*innen begünstigt werden. Deutschland hat im September 2015
704 die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterzeichnet. Das Ziel 16 umfasst
705 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und Bekämpfung von Korruption in all
706 ihren Formen, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen
707 Ebenen und öffentlicher Zugang zu Informationen. Transparenz ist kein Selbstzweck,
708 sondern unverzichtbare Funktionsbedingung von Demokratien. DIE LINKE setzt sich
709 dafür ein, dass in unseren Kommunen jährlich ein Transparenzbericht auf Grundlage
710 der UN-Agenda 2030 Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vorgelegt wird. Dies
711 soll durch ein unabhängiges Gremium kontrolliert werden.

712 Auch wichtige Personalentscheidungen werden in den kommunalen Vertretungen oft
713 nur noch abgenickt. Dies betrifft sowohl die Besetzung wichtiger Dezernatsstellen als
714 auch die Berufung von Personal in die Vorstände von kommunalen Betrieben. DIE
715 LINKE fordert eine stärkere Beteiligung der kommunalen Vertretungen bei der
716 kommunalen Personalpolitik.

717 DIE LINKE setzt sich seit Jahren für die Stärkung der Bürger*innenrechte in der
718 Haushaltspolitik ein. Durch die Einführung von Bürgerhaushalten würden die Bürger
719 ein jährliches Mitspracherecht bei den wichtigen kommunalen Entscheidungen
720 erhalten. Verschiedenste Modelle dieser direkten Form der Bürger*innenbeteiligung
721 werden derzeit weltweit erprobt oder haben sich bereits bewährt. DIE LINKE setzt
722 sich auch in Hannover für die Einführung von Bürgerhaushalten ein.

723 Jugendliche haben oft keine eigene Lobby bei den Entscheidungsprozessen in der
724 Kommune. Es gibt zwar viele Institutionen die für, aber nur wenige Einrichtungen, die
725 mit den Jugendlichen Politik gestalten. In vielen Kommunen gibt es bereits
726 erfolgreich arbeitende Jugendparlamente. Die Erfahrungen sind eindeutig. Nicht nur
727 das Interesse an Politik und demokratischer Weiterentwicklung wird geweckt. Die von
728 Jugendlichen formulierten politischen Eigeninteressen führen auch zu einer
729 qualitativen Verbesserung der Jugendpolitik selbst.

730 Demokratie vor Ort lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Einwohner*innen der
731 Städte und Gemeinden in der Region Hannover. Bürgerschaftliches Engagement

732 benötigt eine materielle, barrierefreie und soziale kommunale Infrastruktur. Das
733 System der Stadtteilmanager*innen hat sich bewährt. Eine weitere Verknüpfung
734 dieses Managements mit dem Einsatz ehrenamtlicher Tätigkeit ist daher
735 wünschenswert und durch die kommunalen Haushalte wirtschaftlich abzusichern.

736

737 **8. Digitalisierung: Die vernetzte Region**

738 **demokratisch gestalten**

739 **Ob in der öffentlichen Infrastruktur, Verwaltung, Politik, Arbeit oder Freizeit –**
740 **digitale Vernetzung und Informationsflüsse sind aus unserem Leben nicht**
741 **mehr wegzudenken. Schnelles Internet und Glasfaser sind längst wichtige**
742 **Bestandteile der kommunalen Infrastruktur und kommunalen**
743 **Grundversorgung. Gleichzeitig schreitet im Rahmen von „Mein Hannover 2030“**
744 **der Ausbau der Landeshauptstadt Hannover zur „Smart City“ voran, zur**
745 **intelligenten Stadt, in der alles und jede*r digital vernetzt Informationen**
746 **austauscht.**

747

748 Wir fordern:

- 749 - Aufbau eines kostenfreien regionsweiten WLANs
- 750 - Betrieb des Breitbandnetzes im Eigenbetrieb der Städte und Gemeinden in
751 der Region Hannover. 100-prozentige Versorgung mit Glasfaser für alle
752 Haushalte und Gewerbebetriebe
- 753 - Beauftragte für digitale Infrastruktur in allen Städten und Gemeinden der
754 Region Hannover
- 755 - Transparenz und kommunale Datenschutzrichtlinien in den Kommunen
- 756 - Einsatz und Entwicklung von benutzerfreundlichen Open-Source-Lösungen für
757 die gesamten Verwaltungen aller kommunalen Gebietskörperschaften in der
758 Region Hannover mit dem Ziel eines kompletten Ausstiegs aus der
759 Abhängigkeit von kommerzieller Software

- 760 - Schulungen von kommunalen Personal im Umgang mit Open-Source-
761 Software
- 762 - Ausbau der Rathausinformationssysteme (RIS) zur übersichtlichen
763 Präsentation sämtlicher Protokolle kommunaler Gremien sowie von
764 Haushaltsplänen und aktuellen Haushalten und sämtlichen Datenerhebungen,
765 Gutachten und Studien im kommunalen Auftrag
- 766 - Schaffung neuer Stellen zur Bearbeitung von Anfragen und Datensatzpflege
- 767 - Nutzung von digitalen Angeboten zur Bürger*innenbeteiligung in der Breite
- 768 - Digitale Spaltung überwinden: kostenloses Schulungsangebote im Bereich
769 Digitalisierung durch alle Volkshochschulen im VHS Regionalverbund
770 Hannover für alle Menschen in der Region Hannover

771 Derzeit wird die Digitalisierung Hannovers und der Kommunen in der Region
772 Hannover größtenteils Unternehmensinteressen überlassen. Private Anbieter
773 sammeln aus dem ständigen Informationsfluss der vernetzten Städte und
774 Gemeinden private Daten und erstellen digitale Profile für den lukrativen
775 Datenhandel.

776 Die Nutzer*innen verkommen immer mehr zu gläsernen Bürger*innen, während viele
777 Bürger*innen in der Region Hannover durch Zugangsbeschränkungen der
778 privatisierten Netzanbieter*innen ausgeschlossen sind.

779 Den digitalen Ausbau der Region Hannover wollen wir nicht wirtschaftlichen
780 Interessen überlassen, sondern bewusst und nachhaltig zum Nutzen der Einzelnen
781 und der Allgemeinheit gestalten. Wir stehen für die Schaffung einer regionsweiten
782 kostenlosen Netzinfrastruktur in öffentlicher Hand für alle Menschen in der Region
783 Hannover und die Stärkung der Kontrolle der Bürger*innen über ihre eigenen Daten.

784 Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten zur direktdemokratischen Beteiligung im
785 Stadtleben. Diese wollen wir auch für Menschen in der Region Hannover nutzen.
786 Freie Software stellt eine echte Alternative zum Monopol der großen IT-Konzerne
787 dar. Auch nach der Abschaffung von Linux fordern wir, dass die Städte und
788 Gemeinden in der Region Hannover hier ihre Vorreiterrolle wiederaufnehmen. Um
789 niemanden von der technologischen Entwicklung auszuschließen, ist die

790 Bereitstellung analoger Alternativen für kommunale digitale Angebote ebenso
791 unabdingbar wie verstärkte zugangsfreie kommunale Schulungsangebote zu
792 digitalen Themen.

793

794

795 **9. Arbeit: Für eine Wirtschaft, die den** 796 **Menschen dient - Auf die Verteilung kommt es** 797 **an**

798

799 **Der Wirtschaftsstandort Region Hannover hat unter der Corona-Pandemie**
800 **stark gelitten. Unternehmen wie die Messe AG oder die**
801 **Flughafenbetreibergesellschaft sind in ökonomische Turbulenzen geraten. Die**
802 **Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie etwa die städtischen**
803 **Verkehrsbetriebe, leiden unter der rückläufigen Zahl an Fahrgästen. Für das**
804 **Gast- und Veranstaltungsgewerbe waren die Auswirkungen der Pandemie**
805 **geradezu verheerend. Die Krise hat gezeigt, dass nur ein finanziell und**
806 **administrativ stark ausgebautes Gemeinwesen in Krisenzeiten die**
807 **zivilgesellschaftlichen Strukturen aufrechterhalten kann. Vor Ort bedeutet dies,**
808 **dass die Chance zur Rekommunalisierung von privatisierten Unternehmen der**
809 **öffentlichen Daseinsfürsorge genutzt werden muss. Eine gute**
810 **Finanzausstattung der Kommunen muss durch die Landes- und Bundespolitik**
811 **abgesichert werden.**

812

813 Wir fordern:

- 814 - Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und gute
815 Finanzausstattung der Kommunen
- 816 - Abkehr von der haushaltspolitischen „Schwarzen Null“, stattdessen
817 transparenten Haushaltsführung

- 818 - Höhere Investitionen der Kommunen in zukunftsorientierte soziale und
819 ökologische Projekte
- 820 - Keine weiteren Privatisierungen und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP)
- 821 - Ausschreibung von öffentlichen Verträgen nur bei Einhaltung
822 gewerkschaftlicher Standards (Tariftreue etc.) auch bei den Subunternehmen
- 823 - Regionaler Pakt für das Gast- und Veranstaltungsgewerbe
- 824 - Entwicklung eines regionalen und sozialen Arbeitsmarktes in der Region
825 Hannover
- 826 - kommunale Maßnahmen gegen Geschäftsmodelle, die traditionelle
827 Dienstleister durch Scheinselbstständigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und
828 Umgehung kommunaler Abgaben verdrängen (z.B. Uber, Airbnb)
- 829 - Entwicklung von Inklusionskonzepten für die Integration von Menschen mit
830 Einschränkungen in den ersten Arbeitsmarkt in enger Abstimmung mit dem
831 Behindertenbeirat und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- 832 - arbeits- oder wohnortnahe Kindertagesbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten
833 und familienfreundlichen Betreuungszeiten
- 834 - wirksame demokratische Kontrolle und Verantwortung kommunaler
835 Unternehmen in Satzungen und Gesellschaftsverträgen, in denen die
836 Unternehmungsleitung dem (gesamten) Stadt- und Gemeinderäten gegenüber
837 verantwortlich ist
- 838 Eine vorausschauende kommunale Wirtschaftspolitik muss dafür sorgen, dass
839 wirtschaftliches Wachstum auch bei den Menschen ankommt. Wir wollen
840 Wirtschaftsförderung in den Städten und Gemeinden der Region Hannover stärker
841 nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. Durch sorgfältige und
842 umfassende Planung ist auf die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen kommunaler
843 Wirtschaftspolitik zu achten. Dies schließt einen Schutz bestehender Gewerbe sowie
844 eine enge wirtschaftspolitische Abstimmung von der Landeshauptstadt Hannover mit
845 Region und Umlandgemeinden mit ein.

846

847 Die Einnahmen der Kommunen (wie etwa die Gewerbesteuer) sind stark von der
848 gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. In Krisenzeiten müssen die
849 Kommunen die öffentliche Daseinsfürsorge sicherstellen, trotz absehbarer
850 Mindereinnahmen. Nur Bund und Länder können dann dauerhaft zu einer stabilen
851 Einkommenssituation der Kommunen beitragen. Allein die Einführung einer
852 dauerhaften Vermögenssteuer und einer durch die Corona-Pandemie begründete
853 einmalige Vermögensabgabe wird die kommunalen Haushalte sichern können. Hier
854 sind Bundes- und Landespolitik gefordert. Nur so ist auch die Rekommunalisierung
855 von Betrieben der Daseinsvorsorge möglich, die im Rahmen privatwirtschaftlicher
856 Unternehmensführung zu einer Verschlechterung des Leistungsangebots für die
857 Einwohner*innen geführt haben.

858 Die so genannte „Schwarze Null“ ist seit Jahren das Leitmotiv bürgerlicher
859 Haushaltspolitik. Auch in der Kommunalpolitik. Dieser Idee werden
860 zukunftsorientierte Investitionen und der soziale Zusammenhalt geopfert. Diese sind
861 jedoch wichtige wirtschaftliche Standortfaktoren (soziale Sicherheit). Die „Schwarze
862 Null“ ist daher ein Nullsummenspiel ohne Gewinner*innen. In Zeiten einer
863 dauerhaften Niedrigzinspolitik macht sie zudem wirtschaftlich keinen Sinn.

864 Haushaltspolitik wird nicht nur für den Bürger*innen immer komplexer. Die
865 milliardenschweren Haushalte mit hunderten von Haushaltspositionen stellen auch
866 für die Fraktionen in den Kommunalparlamenten während der Haushaltsberatungen
867 eine große Herausforderung dar. So erfordert die Aufdeckung von geplanten
868 Kürzungen in den Haushaltsentwürfen geradezu Detektivarbeit. Viele Veränderungen
869 sind aus dem Haushalt kaum ablesbar, da sie in Sammelpositionen versteckt sind.
870 Wir fordern hier von der Verwaltung mehr Willen zur Transparenz und dazu, den
871 Haushalt für die Öffentlichkeit und die Politik verständlich aufzubereiten. Hinter dieser
872 Intransparenz verstecken sich die kommunalen Finanzverantwortlichen, wenn für
873 soziale Ausgaben angeblich kein Geld da sein soll. Richtig ist jedoch, dass es bei
874 den milliardenschweren Ausgaben der Kommunen nicht um die Frage geht, ob
875 genug Geld da ist, sondern wie es verteilt wird und in welche Projekte es kanalisiert
876 wird.

877 Die „Schwarze Null“ verhindert, dass die Kommunen selber effizient handelnder
878 Akteur bei der Errichtung regionalwirtschaftlicher und gemeinwohlorientierter
879 Gründungen von Unternehmen wird. Die österreichische Kommunalpolitik macht vor,

880 wie etwa das Wohnungswirtschaftswesen in kommunaler Hand, wirtschaftlich
881 ausgeglichen zum Vorteil von Mieter*innen entwickelt werden kann. Diese
882 genossenschaftlichen Modelle können auch auf soziale und ökologische Projekte
883 ausgedehnt werden.

884

885 Privatisierungen und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) sind in der
886 Daseinsvorsorge keine Alternativen. Sie sind langfristig zu teuer, verschleiern nur die
887 Verschuldung der Kommunalhaushalte und führen zum Abbau demokratischen
888 Einflussmöglichkeiten auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Zudem funktionieren
889 sie nach dem alten neoliberalen Prinzip: Risiken zahlt die Gesellschaft, Gewinne
890 fahren die Privaten ein. Es ist einfach skandalös, dass die Stadt Hannover den
891 Neubau des Misburger Bades erneut in ÖPP umsetzen möchte. 2007 ließ ein
892 privater Betreiber das Bad für 13,5 Millionen € sanieren. Bei den Bauarbeiten wurden
893 aber so schwere Schäden verursacht, dass die Stadt das Bad wegen statischer
894 Probleme 2016 schließen musste.

895 Die Gewerkschaften sind ein wichtiger Bündnispartner unserer Partei. Tarifbindung
896 und der Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten spielen eine zentrale Rolle im
897 politischen Selbstverständnis der Linken. Öffentliche Aufträge dürfen nur an
898 Unternehmen erteilt werden, die gewerkschaftliche Standards (wie etwa die
899 Tarifgebundenheit) dauerhaft erfüllen, ebenso wie ihre Subunternehmen. Dazu
900 gehören u.a. Tarifverträge, Angebot von Ausbildungsplätzen, Erfüllung der rechtlich
901 festgelegten Schwerbehindertenquote, Existenz einer betrieblichen
902 Interessenvertretung (z.B. Betriebsrat) und faire Lieferketten.

903 Arbeit 4.0 und Digitalisierung sind die Schlagwörter bei der politischen Gestaltung
904 und Regulierung moderner Arbeitswelten. Die Anpassung der Arbeitsbedingungen
905 an die Erwartungen und Bedürfnisse einer digitalen Wirtschaft bedeutet für die
906 Beschäftigten entgrenzte Arbeitszeiten entsprechend den Interessen des Kapitals,
907 ständige Verfügbarkeit und die Aufweichung der Grenze zwischen Arbeit und
908 Freizeit. Dauerstress und psychische Erkrankungen sind die Folgen. Auch in der
909 Region Hannover stellen wir uns deswegen gegen eine Flexibilisierung der
910 Arbeitszeiten und stehen für das Recht auf Erholung und Verfolgung eigener
911 Interessen ein.

912 Auch in der Region Hannover steigen seit Beginn der Corona-Pandemie im Februar
913 2020 die Zahlen der Erwerbslosen und in Kurzarbeit befindlichen Menschen.
914 Bürger*innen der Region Hannover sind in immer größerer Zahl auf staatliche
915 Unterstützung angewiesen, den Schikanen von Hartz IV ausgesetzt und gerade im
916 teuren Hannover von der gesellschaftlichen Teilnahme ausgeschlossen. Mit dem
917 Ausbau von kommunalen Qualifizierungsmaßnahmen und dem Ausbau eines
918 öffentlichen Beschäftigungssektors mit dem Förderinstrument „Teilhabe am
919 Arbeitsmarkt“ wollen wir tariflich bezahlte und abgesicherte Arbeitsplätze schaffen.

920

921 Ein kommunaler Pakt für das Gast- und Veranstaltungsgewerbe muss nach
922 Beendigung der Corona-Krise zur Wiederherstellung der Überlebensfähigkeit dieses
923 Wirtschaftsbereichs geschmiedet werden. Dazu müssen finanzielle und
924 administrative Anreize geschaffen werden. Die Reduzierung von
925 Gewerbesteuersätzen und die großzügige Genehmigung gastronomischer
926 Außenflächen in den städtischen Bereichen sind Teil eines solchen
927 Maßnahmenpaktes

928

929 **10. Kunst, Kultur, Sport, gesellschaftliches** 930 **Leben - Hannover braucht eine lebendige** 931 **Kulturszene**

932 **Kulturpolitik orientiert sich in Hannover viel zu oft an den wenigen Groß- und**
933 **Prestigeprojekten. Die teure Bewerbung zur Kulturhauptstadt verschlang viel**
934 **Geld. Über den Nutzen solcher Proporzevents kann aber gestritten werden. Auf**
935 **der anderen Seite hat die Corona-Pandemie die örtliche Kulturszene stark**
936 **erschüttert. Viele der hier arbeitenden Soloselbständigen haben keinerlei**
937 **finanzielle Absicherung in Krisenzeiten. Einkommensschwachen Familien fällt**
938 **es schwer die Sportfreizeit ihrer Kinder und Jugendlichen zu finanzieren. Eine**
939 **sinnvolle und gesunde Freizeitaktivität wird so verhindert. Museen und**
940 **öffentliche Kultureinrichtungen nehmen oft hohe Eintrittsgelder. Diese**

941 **überschreiten den in den SGB-II-Regelsätzen vorgesehenen Kostenanteil oft**
942 **deutlich.**

943

944 Wir fordern:

- 945 - Förderung einer eigenständigen urbanen und diversen Kulturszene
- 946 - Großprojekte müssen kritisch evaluiert werden. Die Kleinkunstszene ist zu
947 fördern
- 948 - Museen und öffentliche Kulturstätten müssen kostenfrei zur Verfügung stehen
- 949 - Auch für die Kulturszene gilt: Kommunale Corona-Unterstützung
950 unbürokratisch umsetzen
- 951 - Dienste der Volkshochschulen beitragsarm oder kostenfrei zur Verfügung
952 stellen

953 Öffentliche Kultur ist öffentlich finanziert. Sie gehört der Öffentlichkeit und muss für
954 alle Menschen offen sein. Doch obwohl die städtischen Sammlungen mit dem Geld
955 der Einwohner*innen finanziert werden, müssen diese für einen Museumsbesuch
956 zusätzlich hohe Eintrittsgelder zahlen. Viele Menschen werden so von der kulturellen
957 Teilhabe ausgeschlossen. Öffentliche Kultur ist keine Ware. Sie muss den
958 Einwohner*innen kostenfrei zur Verfügung stehen.

959 Wenn wir die Mittel für Kultur vernünftig einsetzen, können wir mehr soziale
960 Gerechtigkeit im Kulturbetrieb und mehr kulturelle Vielfalt in der freien Szene
961 durchsetzen. Wenn die Menschen nicht zur Kultureinrichtung kommen, dann muss
962 die Kultureinrichtung zu den Menschen kommen, die bislang nicht ins Museum oder
963 in die Oper gehen. Deswegen ist die Bedeutung einer dezentralen Kulturpolitik für
964 DIE LINKE Grundsatzidee der Kulturpolitik. Dazu gehört auch die Stärkung der
965 politischen Kulturarbeit in den Freizeithäusern und Stadtteiltreffs.

966 Unbürokratische Beihilfen für Kinder aus einkommensschwachen Familien bei der
967 Zahlung von Mitgliedsbeiträgen und der Sportausrüstung sind notwendig, um Kinder
968 und Jugendliche nachhaltig am Erlebnis Sportverein beteiligen zu können. Dazu
969 gehört aber auch, dass nicht nur Mitgliedsbeiträge übernommen werden, sondern die

970 Leistungsberechtigten in die Lage versetzt werden, die sportlichen Aktivitäten auch
971 tatsächlich ausüben zu können. Nur so kann eine vernünftige Freizeitgestaltung aller
972 Kinder unserer Kommunen gewährleistet werden. Die Sportvereine die
973 Freizeitangebote gestalten müssen daher einen finanziellen Zuschuss für eine
974 dezentrale und sozial angemessene Sportmittelausstattung ihrer Vereinsmitglieder
975 mit geringen Einkommen erhalten.

976 Soforthilfen in der Corona-Pandemie können auch durch kommunale Maßnahmen
977 gestärkt werden. Dazu gehört die Absenkung von Gewerbesteuersätzen für
978 Kulturschaffende. Auch die Möglichkeit den öffentlichen Raum kostengünstig zu
979 nutzen sollte der örtlichen Kulturszene nach der Pandemie helfen einen neuen
980 ökonomischen Impuls zu erhalten. Durch die Schließungen aller Kultur- und
981 Sporteinrichtungen und weitere erhebliche Einschränkungen während der Pandemie,
982 ist eine kontinuierliche Erhöhung der Fördermittel in den Kulturretats nach der Krise
983 dringend notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fördermittel direkt den
984 Soloselbständigen und kleinen Theatern, auch solchen, die bisher keine städtische
985 Förderung in Anspruch genommen haben, unbürokratisch zur Verfügung gestellt
986 werden. Jetzt ist es wichtig, Kulturräume zu erhalten und neu zu schaffen, um ein
987 vielfältiges Kulturleben sicher zu stellen. Wo Kulturbetriebe aufgeben mussten, muss
988 gewährleistet werden, dass an ihrer Stelle Kultur wieder neu entstehen kann.
989 Internetauftritte der Museen werden in der Zukunft eine größere Bedeutung erhalten
990 und dafür muss Personal zur Verfügung stehen. Neben den einschlägigen
991 finanziellen Maßnahmen von Bundes- und Landesebene kann so auch die
992 Kommunalpolitik zu einem Neustart der Kulturszene beitragen.

993 Die Volkshochschulen haben einen wichtigen Bildungsauftrag. Der Zugang zu den
994 Bildungsinhalten ist unkompliziert und auf Menschen in allen Lebenslagen
995 zugeschnitten. Als politisches Kind der siebziger Jahre sind sie in der heutigen Zeit
996 gerne Objekte des haushaltspolitischen Rotstiftes. Ein typischer Fehler neoliberaler
997 Haushaltsstrategen. Als niederschwelliges Angebot für Menschen, die sich erst in
998 späteren Lebensjahren dafür entscheiden Bildung und Weiterbildung als Gegenstand
999 der eigenen Verwirklichung zu begreifen, tragen Volkshochschulträger im
1000 Wesentlichen zu einem selbstbestimmten Leben für Menschen bei, die nicht auf dem
1001 Geldbeutel einer einkommensstarken Familie ihre Ziele verwirklichen konnten. Für
1002 DIE LINKE sind die Volkshochschulen daher zentraler Gegenstand einer lebendigen

1003 Kulturpolitik. Ihre Leistungen müssen kostenfrei oder kostengünstig durch die
1004 kommunalen Träger angeboten werden.

1005

1006 **11. Gleichstellung: Selbstbestimmtes Leben –** 1007 **für alle Geschlechter**

1008 **Die Corona-Pandemie hat es uns deutlich vor Augen geführt. Während der**
1009 **Lockdowns im Frühjahr 2020 und im Winter 2020/2021 kam es zu einer**
1010 **deutlichen Zunahme von häuslicher Gewalt gegen Frauen. Auch in der Region**
1011 **Hannover. Dies ist nicht nur beschämend, sondern zeigt, dass die**
1012 **Gleichberechtigung aller Geschlechter eine der zentralen Aufgaben der**
1013 **Zivilgesellschaft ist. Die ungleiche Entlohnung der Arbeitsleistungen von Mann**
1014 **und Frau ist der krudeste Ausdruck unseres wirtschaftlichen**
1015 **Ausbeutungsmodells. Homophobie ist in unserer Gesellschaft immer noch**
1016 **weit verbreitet. Hass gegenüber dem Recht selbstbestimmt darüber zu**
1017 **entscheiden wie Menschen partnerschaftlich Leben, ist Alltag für schwule und**
1018 **lesbische Paare. Das Armutrisiko alleinerziehende Mütter ist weiterhin noch**
1019 **um vielfaches höher als in der restlichen Gesellschaft.**

1020

1021 Wir fordern:

- 1022 - Kommunale Auftragsvergabe nur an Unternehmen die sich für
1023 Geschlechtergleichstellung einsetzen. Dies gilt auch bei der Vergabe von
1024 Fördermitteln durch die Kommune
- 1025 - Geschlechtergerechte Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst
- 1026 - Kommunal geförderte Bildungs- und Beratungsangebote für LGBTQIA+ -
1027 Initiativen
- 1028 - Massive Förderung von Frauenhäusern und vergleichbaren Projekten

1029 Bei der Vergabe von Dienstleistungen an Dritte hat die Verwaltung nicht nur auf die
1030 Tarifgebundenheit des Unternehmens zu achten, sondern auch zu prüfen, ob bei der

1031 Lohnzahlung auch auf die Geschlechtergleichberechtigung geachtet wird. Dies gilt
1032 auch bei der Vergabe von Fördermitteln an Stiftungen und Vereine.

1033 Beratungsstellen für Frauen und Mädchen sind wichtige Schutzräume gegen
1034 männliche Gewalt.

1035 Die Auseinandersetzung mit hassmotivierten Gewalttaten gegen sexuelle und
1036 ethnische Minderheiten muss auf die Tagesordnung der Region Hannover und ihrer
1037 Kommunen gesetzt werden. Hasskriminalität muss sichtbar gemacht und beendet
1038 werden. Dazu gehören eine konsequente Dokumentation und Veröffentlichung jedes
1039 Vorfalls. Queere Menschen brauchen feste Ansprechpersonen bei Polizei und
1040 Staatsanwaltschaft sowie unabhängige Unterstützung.

1041 Mehrfacher Diskriminierung sind lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle
1042 Geflüchtete und Migrant*innen ausgesetzt, in deren Herkunftsländern
1043 Homosexualität als Verbrechen angesehen und verfolgt wird. Outen sie sich, haben
1044 sie oftmals Körperverletzungen, tiefe Demütigungen und den Ausstoß aus der
1045 Familie zu befürchten. DIE LINKE sichert ihnen politische Unterstützung in ihrem
1046 Emanzipationsprozess zu.

1047 DIE LINKE unterstützt die Arbeit der Organisationen von Lesben, Schwulen und
1048 Transgendern, die die Belange der Community direkt und unmittelbar in die Arbeit
1049 der Gremien der Kommunen in der Region Hannover einbringen wollen.

1050 Ebenso unterstützen wir die Beratungsangebote, die sich alleinerziehenden
1051 Elternteilen oder der Schwangerschaftsberatung widmen. Es gilt das
1052 Selbstbestimmungsrecht von Frauen an ihrem Körper. Daher ist die Beratung bei
1053 Schwangerschaftsabbrüchen zu enttabuisieren. Kommunen sollen aktiv über die
1054 Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen informieren.

1055

1056 **12. Migration und Geflüchtete: Teilhabe für alle** 1057 **– unabhängig von Pass und Herkunft**

1058 **Deutschland ist einer der Hauptexporteure von Kriegstechnik und Waffen.**

1059 **Weltweites Töten „Made in Germany“ gehört zum Alltag der Menschen, die sich**

1060 **aus Krisengebieten aufmachen um in Europa ein menschenwürdiges Leben**
1061 **führen zu können. Hier angekommen schlägt ihnen der Hass rechter Hetzer**
1062 **entgegen. Oft in Gestalt rechtsextremer Biedermeier, wie etwa der AfD. Zwar ist**
1063 **die Region Hannover durch eine jahrzehntelange Migration geprägt. Die**
1064 **diversen kulturellen Wurzeln der Gesellschaft leben dennoch oft neben- statt**
1065 **miteinander. Die Arbeitsmigration aus Ost- und Südosteuropa hat zu einer**
1066 **beschämenden Schaffung eines neuen Arbeiter*innenprekariats geführt. Diese**
1067 **Einwander*innen müssen jenseits der öffentlichen Wahrnehmungen zu**
1068 **Hungerlöhnen in Ausbeutungsunternehmen der neuen und alten Ökonomie in**
1069 **teils erschreckenden Arbeitsverhältnissen schuften.**

1070 **Die Region Hannover wird sich als sicherer Ankunftsort für Asylbegehrende**
1071 **zur Verfügung stellen. Eine entsprechende Infrastruktur ist zu schaffen!**

1072 Wir fordern:

- 1073 - Kein Mensch ist illegal: Die Region Hannover ist ein sicherer Hafen für
1074 Geflüchtete und Menschen in Not
- 1075 - Stärkung der Arbeit der Integrationsbeiräte in den Kommunen
- 1076 - Beschäftigungsinitiative für Migrant*innen und Flüchtlinge
- 1077 - Intensivierung der Ausgaben für Sprach- und Integrationskurse für Kinder,
1078 Jugendliche und Erwachsene
- 1079 - Schutz ost- und südosteuropäischer Migrant*innen vor Arbeitsausbeutung
- 1080 - Eine Stadt und Region für Alle Menschen die in ihr wohnen

1081

1082 Wir brauchen in der Region Hannover eine Willkommenskultur für Menschen, die
1083 Krieg und politischer Verfolgung entkommen müssen. Die Region Hannover soll ein
1084 sicherer Hafen für Geflüchtete sein. DIE LINKE fordert, dass sich unsere Kommunen
1085 aktiv an der Rettung in Seenot geratener Flüchtlinge beteiligen, etwa durch
1086 Übernahme einer Schiffspatenschaft der aktiven Flüchtlingshilfe im Mittelmeer.

1087 Hannover und die Kommunen in der Region sollen eine „Solidarity City“ werden, in
1088 der jede*r teilhaben kann – unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus. Denn „Kein

1089 Mensch ist illegal“! DIE LINKE kämpft dagegen, Menschen ohne Aufenthaltsstatus
1090 als „illegal“ anzusehen und auszugrenzen. Auf dem Weg zu einer kompletten
1091 rechtlichen Gleichstellung kann ihnen eine „Solidarity City“ ermöglichen, die
1092 Versorgung mit den elementaren Leistungen angstfrei abzuwickeln. Illegalisierte
1093 Menschen und ihre Kinder müssen ohne Angst, entdeckt und abgeschoben werden
1094 zu können, die Schule besuchen oder medizinische Hilfe in Anspruch nehmen
1095 können. Hannover sollte sich dafür einsetzen, Abschiebungen zu verhindern und
1096 nicht durchzuführen.

1097 Die kommunale Verwaltung muss sich für einen erleichterten Zugang für
1098 Migrant*innen und Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt einsetzen. Dafür ist eine
1099 kommunale Arbeitsmarktinitiative mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten. Unter
1100 anderem soll damit hauptamtliches und ehrenamtliches Begleitpersonal gefördert
1101 werden, welches eine individuelle Betreuung von Geflüchteten und Migrant*innen bei
1102 ihren ersten Schritten auf dem Arbeitsmarkt sichert. Entgeltfreie Sprachkurse müssen
1103 durch die kommunale Verwaltung garantiert werden. Jeder Euro ist gut angelegt. Es
1104 ist mittlerweile wissenschaftliches Allgemeingut, dass Zuwanderung einen wichtigen
1105 Impuls für wirtschaftliches Wachstum bedeutet.

1106 Integrationsbarrieren können besonders gut im Kindes- und Jugendalter abgebaut
1107 werden. Speziell auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen abgestimmte
1108 Integrationskurse sind daher für die Kommunen verpflichtend. Ein Schulbegleitdienst
1109 sichert diese Maßnahmen sinnvoll ab. Nur so können die schulischen Lehrkräfte von
1110 der Aufgabe entlastet werden neben dem Lernstoff auch noch integrative
1111 Sozialarbeit zu leisten.

1112 Zuwanderung ist heutzutage divers. Nicht nur Geflüchtete und Menschen mit
1113 migrantischen Wurzeln die schon viele Jahre in der Region Hannover leben, sind Teil
1114 des kulturellen Selbstverständnisses unserer Kommunen. Auch viele osteuropäische
1115 und südosteuropäische Arbeitsmigrant*innen prägen mittlerweile die kulturelle Vielfalt
1116 in der Region Hannover. Diese Gruppe ist besonders oft Opfer von Lohnausbeutung
1117 und desaströsen Arbeitsverhältnissen. Daher fordert DIE LINKE eine kommunale
1118 Meldestelle zur Aufklärung von lokalen Verstößen gegen arbeitsrechtliche
1119 Schutzvorschriften und Lohndumping. Verhältnisse wie bei dem Fleischereibetrieb
1120 Tönnies sind keine Ausnahmen und müssen bekämpft werden!

1121 Die Integrationsbeiräte leisten einen wichtigen Beitrag zur Schaffung einer kulturell
1122 vielfältigen Region. Die zentrale Bedeutung der Arbeit dieser Beiräte wird jedoch
1123 unterschätzt. Sowohl in der Flüchtlingsarbeit, als auch in der Integration der
1124 Menschen mit Migrationshintergrund, die schon viele Jahre in unserer Mitte leben.
1125 Eine Erhöhung der finanziellen Ausstattung als auch eine verbesserte öffentliche
1126 Darstellung der Arbeit der Integrationsbeiräte ist Ziel linker Kommunalpolitik.

1127

1128 **13. Antifaschismus und Friedenspolitik -** 1129 **Wehret den Anfängen**

1130 **DIE LINKE** begreift sich nicht als Weltanschauungspartei. In ihr arbeiten
1131 Mitglieder mit unterschiedlichsten politischen Wurzeln. Alle eint die Idee einer
1132 emanzipatorischen Gesellschaft, in der alle Menschen ein selbstbestimmtes
1133 Leben führen können. Leider müssen wir beobachten, dass die Gegner*innen
1134 einer offenen, selbstbestimmten und solidarischen Gesellschaft auf dem
1135 Vormarsch sind. Auch in Hannover. Im Zeichen der Corona-Pandemie erhalten
1136 rechte und faschistoide Verschwörungstheoretiker*innen einen gefährlichen
1137 Zulauf. Mit der AfD hat eine in Teilen rechtsextreme Partei den Einzug in die
1138 Landtage und in den Bundestag sowie in die meisten kommunalen
1139 Vertretungen geschafft. Krieg ist wieder ein Mittel deutscher Außenpolitik.
1140 Junge Soldat*innen werden für eine Politik geopfert, die keinerlei
1141 Konfliktlösung vorzuweisen vermag. Durch neurechte Verschwörungsmymen
1142 werden als sicher geglaubte gesellschaftliche Fortschritte massenwirksam in
1143 Frage gestellt. Für uns Linke heißt es da: **Wehret den Anfängen!**

1144

1145 Wir fordern:

- 1146 - Meldestelle für Aktivitäten von Neonazis und Verschwörungshetze einrichten
- 1147 - Schaffung von Schutz und Beratungsräumen für Opfer rechter Hetze im
1148 Internet

- 1149 - Keine Vergabe öffentlicher Orte für rechte und neurechte Organisationen
- 1150 - Finanzielle Unterstützung regionaler Bündnisse gegen Rechts durch die
- 1151 Kommunen
- 1152 - Ausstattung von Schulen für antifaschistische Bildungsarbeit
- 1153 - Umbenennung von Straßen und Plätzen in allen Städten und Gemeinden der
- 1154 Region Hannover: Anhänger*innen des faschistischen Unrechtsstaates und in
- 1155 Kolonialverbrechen verwickelten Personen müssen von den Straßenschildern
- 1156 entfernt werden
- 1157 - Einrichtung eines neuen wissenschaftlichen Beirats für „Verbrechen aus der
- 1158 Kolonialzeit“, der Empfehlungen für Umbenennung von Straßen und Plätzen
- 1159 abgeben soll
- 1160 - Beitritt aller Bürger*innenmeister der Städte und Gemeinden in der Region
- 1161 Hannover zu den „Mayors for Peace“
- 1162 - Hannover ist Friedensregion: Bundeswehr raus aus unseren Schulen
- 1163 - Nutzung des Militärflughafen Wunstorf lediglich für humanitäre und zivile
- 1164 Einsätze
- 1165 - Keine Wirtschaftsförderung für Betriebe, die der militärischen Forschung oder
- 1166 Produktion dienen
- 1167 - Friedensbezogene Aktivitäten wie zum Beispiel Geschichtswerkstätten und
- 1168 kritische Erinnerungskultur sowie alternative Stadtrundgänge sollen durch die
- 1169 Region Hannover und die Städte und Gemeinden gefördert werden
- 1170 - Die Ausweitung der Städtepartnerschaften, insbesondere der mit Hiroshima
- 1171 und mehr Mittel für den Schüler- und Jugendaustausch
- 1172 - Die Benennung einer Straße in Wunstorf nach der spanischen Stadt Guernica,
- 1173 die von der Luftwaffe des faschistischen Deutschlands von Wunstorf aus
- 1174 zerstört wurde
- 1175 - Mobile Teams für Demokratie und Selbstbestimmung in Wahlgebieten mit
- 1176 geringer Wahlbeteiligung

1177 Die sozialen Medien werden immer mehr zum Kampfort für rechte Hetzer. Menschen
1178 die dort Gewalt ausgesetzt sind, fühlen sich von staatlichen Institutionen oft
1179 alleingelassen. Besonders wenn sie nicht Prominente sind und daher keine eigene
1180 öffentliche Lobby haben. DIE LINKE fordert einen kommunalen Notruf für alle
1181 Menschen, die im Internet Opfer rechter Gewalt und verschwörungstheoretischer
1182 Hetzer geworden sind.

1183 Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Daher darf in unserer
1184 Kommune kein durch die Gemeinden verwaltet öffentlicher Raum (Freizeitheime etc.)
1185 an rechte und neurechte Vereinigungen und Organisation vergeben oder vermietet
1186 werden.

1187 Die antifaschistische Aufklärungsarbeit ist kein Rotstiftparadies für Stadtkämmerer.
1188 DIE LINKE setzt sich für eine gute finanzielle Ausstattung für Institutionen der
1189 Erinnerungskultur gegen den Faschismus ein. Projekte wie etwa „Stolpersteine“
1190 sollen weiterhin gefördert werden.

1191 Hannover ist konsequente Friedensregion. Der Beruf des/der Soldat*in ist keiner mit
1192 Zukunft. Im doppelten Sinne des Wortes. Anwerbungsversuchen der Bundeswehr an
1193 unseren Schulen muss ein Riegel vorgeschoben werden. Unsere Schulen dürfen
1194 kein Ort der Militarisierung sein. Stattdessen soll es eine Zusammenarbeit mit
1195 Friedensinitiativen an unseren Schulen geben. Diese sollen Lerninhalte der
1196 Konfliktforschung und Konfliktvermeidung vermitteln.

1197 Aufrüstung des Fliegerhorstes Wunstorf stoppen! Mit der Einführung des
1198 Lufttransporters A 400M wird der Fliegerhorst Wunstorf zum einzigen Lufttransport-
1199 Fliegerhorst Deutschlands und gewinnt dadurch erheblich an militärstrategischer
1200 Bedeutung. Dafür wurde, beginnend ab dem Jahr 2009, ein 450 Millionen Euro
1201 teures Modernisierungs- und Erweiterungsprojekt auf dem Weg gebracht. Der
1202 Fliegerhorst Wunstorf wird zudem mit dem neuen Simulator zum internationalen
1203 Ausbildungszentrum für Bundeswehr und NATO.

1204 So ist es zutreffender die Transall und die neuen A400M nicht als „Engel der Lüfte“
1205 sondern wie in den sechziger Jahren so beschrieben als „Kampfbombentransporter“ zu
1206 bezeichnen.

1207 Dadurch erhöht sich die Gefahr, dass das LTG 62 völkerrechtswidrig und
1208 verfassungswidrig (GG Art.26.1 Verbot und Planung eines Angriffskrieges wie im
1209 Kosovo geschehen) eingesetzt wird und nicht wie ursprünglich im GG vorgesehen,
1210 nur nach Feststellung des Verteidigungsfalles (GG Art. 115 a) in Kriegshandlungen
1211 einbezogen wird.

1212 Vor dem Hintergrund, dass die Kriegsgefahr in Europa durch die andauernde NATO-
1213 Konfrontation gegen Russland deutlich angewachsen ist, ergibt sich: Die
1214 Bevölkerung der Region Hannover wird im Ernstfall aufgrund der herausgehobenen
1215 militärischen Bedeutung des Fliegerhorsts Wunstorf erheblich gefährdet. Der
1216 Fliegerhorst wird so als Angriffsziel für vermeintliche Gegner zu
1217 Sicherheitsbedrohung der hiesigen Bevölkerung.

1218 Die Linke wendet sich gegen die Umwandlung der Bundeswehr von einer
1219 Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee – eine Interventionsarmee ist durch das
1220 Grundgesetz nicht gedeckt! Wir wenden uns dagegen, dass die Grundlagen für neue
1221 militärische Abenteuer mit dem Ziel der Sicherstellung strategischer Interessen von
1222 Deutschland und NATO hier in der Region Hannover gelegt werden.

1223 Demokratie stärken heißt auch, den Menschen mit Respekt begegnen und ihre
1224 sozialen und konkreten Anliegen ernst nehmen. Nur so kann ein konsequenter
1225 Antifaschismus zentraler Bestandteil des demokratischen Gedächtnisses unserer
1226 Zivilgesellschaft werden. Während Menschen mit hohem Einkommen und hoher
1227 formaler Bildung in großer Zahl wählen gehen, gilt dies für diejenigen mit geringem
1228 Einkommen und einem niedrigen Bildungsgrad nicht mehr. Faschisten und rechte
1229 Verschwörungstheoretiker*innen haben immer da ein leichtes Spiel, wo Menschen
1230 keine Hoffnung mehr in die gesellschaftliche Teilhabe setzen. In den Stadtteilen und
1231 Kommunen mit niedriger Wahlbeteiligung fordern wir den Einsatz mobiler Teams für
1232 Demokratie und Mitgestaltung. Nicht nur zu Wahlkampfzeiten müssen Politik und
1233 Verwaltung zu den Bürger*innen gehen, wenn diese nicht mehr zu ihnen kommen.

1234

1235 **III. Kommunalpolitik: Wenn die große auf die** 1236 **kleine Politik trifft**

1237 DIE LINKE in Hannover ist sich bewusst, dass die Wahlbeteiligung zu den
1238 Kommunalwahlen deutlich hinter der bei bundes- und landesspolitischen
1239 Wahlentscheidungen liegt. Für Wähler*innen sind die Entscheidungswege der
1240 kommunalen Ebene oft wenig bekannt. Die wichtigen Handlungsspielräume der
1241 kommunalen Entscheidungsträger bei der Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen
1242 der Landes- und der Bundespolitik werden unterschätzt oder nicht verstanden. Mit
1243 dem Wahlverzicht zur Kommunalwahl geben die Wähler*innen damit wichtige
1244 Dispositionsmöglichkeiten aus der Hand. Es macht einen Unterschied, ob ein
1245 Jobcenter Leistungsempfänger*innen gut oder schlecht berät. Es macht für eine*n
1246 Handwerker*in, der/die für einen privaten Betrieb arbeitet einen Unterschied, ob die
1247 Kommune bei der Vergabe eines Auftrages einen Betrieb den Zuschlag erteilt, der
1248 tariflich zahlt. Es macht einen Unterschied, ob die Stadtpolitik bei der Gier nach
1249 Bundesgeldern ein Naherholungsgebiet plant oder eine umweltschonende
1250 Verkehrswegeplanung bevorzugt. Es macht einen Unterschied, ob Kulturangebote
1251 kostenfrei oder kostenpflichtig sind. Es macht einen Unterschied, ob ich mir die Fahrt
1252 mit Bus und Bahn leisten kann oder ob ich am Ende eines Monats Schwarzfahrt oder
1253 Fußmarsch in Kauf nehmen muss. Entgegen so mancher Fehlvorstellung: All das
1254 wird in unseren Kommunen entschieden!

1255 Unser Wahlprogramm ist von der Überzeugung getragen, dass die Wähler*innen sich
1256 nicht für die Entkopplung politischer Ziele in kleinteilige politische Ebenen
1257 interessieren, sondern der Wiedererkennungswert unserer bundespolitischen Ziele
1258 auch in den kommunalen Inhalten gespiegelt werden muss. Die Wähler*innen
1259 erwarten von uns zu Recht eine Verbesserung ihrer originären Lebensverhältnisse.
1260 Und da geht es auch in der Kommune darum, ob Werkstätige tariflich entlohnt werden
1261 beziehungsweise Leistungsempfänger*innen einen menschenwürdigen Zugang zu
1262 ihrem Leistungsanspruch erhalten. In all diesen Fällen ist Kommunalpolitik
1263 entscheidend. Dies zu vermitteln ist Aufgabe unserer Politik und dieses
1264 Kommunalwahlprogramms.

1265 Als Linke Region Hannover ist uns klar, dass sich kommunalpolitische,
1266 landespolitische und bundespolitische Ziele oft nicht trennen lassen und daher jedes
1267 Kommunalwahlprogramm eine Mixtur zwischen den politischen Feldern darstellen
1268 muss. Kommunalpolitik führt bekanntlich zu nicht geringen Teilen rechtliche
1269 Grundlagen der „großen“ Politik aus und ist damit wichtige Rückkopplungsinstanz

1270 zwischen den politischen Feldern der Bundesrepublik. Gute Kommunalpolitik denkt
1271 daher die „große“ Politik mit. Gerade dann, wenn sie gesellschaftliche Veränderung
1272 mitgestalten will.

1273 Gesellschaftliche Veränderungen im großen Rahmen sind auch zwei Wochen nach
1274 der Kommunalwahl wählbar. Bei der Bundestagswahl 2021 tritt DIE LINKE mit ihren
1275 Inhalten dafür an, dass auf der Bundesebene Rahmenbedingungen geschaffen
1276 werden, die der Kommunalpolitik in Hannover mehr Handlungsspielräume für soziale,
1277 emanzipatorische und ökologisch nachhaltige Ziele verschafft.

1278 Daher bitten wir unsere Wähler*innen nicht nur zur Kommunalwahl alle Stimmen für
1279 DIE LINKE abzugeben, sondern auch zur Bundestagswahl das Kreuz bei unserer
1280 Partei zu machen!